

Zollikon und Zürich, 4. September 2000

KR-Nr. 275/2000

POSTULAT von Elisabeth Derisiotis (SP, Zollikon) und Emy Lalli (SP, Zürich)

betreffend Massnahmen bei Betriebsschliessungen

Der Regierungsrat wird beauftragt, in der Verordnung zum Arbeitsgesetz die Mitwirkungspflicht des Staates zum Erhalt der Arbeitsplätze bei willkürlichen Betriebsschliessungen grösserer Betriebe festzuhalten. Insbesondere ist die Unterstützung der Belegschaft bei der selbstständigen Weiterführung eines von einer Schliessung bedrohten Betriebes festzuhalten.

Elisabeth Derisiotis
Emy Lalli

Begründung:

Drohende Betriebsschliessungen und die damit verbundene Gefährdung von Arbeitsplätzen können oft durch rechtzeitige und gezielte Interventionen verschiedener Parteien ganz oder teilweise vermieden werden.

Insbesondere bei der Suche nach neuen tragfähigen Lösungen spielt der Staat oft eine entscheidende Rolle. Die jüngsten Beispiele im Falle der ADtranz haben das einmal mehr gezeigt.

Artikel 23 der geltenden Kantonsverfassung hält fest, dass der Staat die Entwicklung des auf Selbsthilfe basierenden Genossenschaftswesens fördert und erleichtert. Unter den heutigen veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen soll dies grundsätzlich auch für Arbeitnehmende gelten, die sich zusammenschliessen, um ihren Betrieb vor der Schliessung zu retten. Damit soll nicht eine Politik der Strukturhaltung betrieben werden, sondern gegen Entscheide vorgegangen werden, welchen übergeordnete strategische Entscheide von (meist) multinationalen Konzernen zugrunde liegen, ohne Rücksicht auf den Arbeits- und Werkplatz Schweiz beziehungsweise Kanton Zürich.